

Es geht nicht nur um Finanzpolitik, sondern vor allem um Recht

Vor Budgetdebatte: «Berufsschullehrer drohen Kanton»

Ausgabe vom 26. November

Die Formulierung in der Schlagzeile, wir würden dem Kanton «drohen», entspricht nicht dem Geist und der Praxis unseres Verbandes der Luzerner Berufsfachschullehrpersonen (bch.lu). Wir sehen unsere Forderung an das Parlament nicht als Drohung, sondern als Konsequenz

des aktuellen Standes im Budgetprozess. Unser Ziel, die Berufsfachschullehrpersonen den Klassenlehrpersonen der Vollzeitschulen und somit die Berufslernenden wieder den Kantischeschülerinnen und -schülern gleichzustellen, möchten wir gemeinsam mit dem Parlament, der Regierung und der Verwaltung erreichen.

Wir sehen es als unsere Pflicht an, das Parlament klar darauf hinzuweisen, dass die

Forderung nach einer Entschädigung für die Klassenlehrpersonen (KLP) an den Berufsfachschulen keine rein finanzpolitische Entscheidung darstellt.

Vielmehr handelt es sich um eine rechtliche Anforderung, die sich aus den bestehenden Vorgaben des Kantons selbst ergibt. Bei der Besoldungsrevision 2005 wurde die Gleichbehandlung aller Lehrpersonen der Sekundarstufe II bejaht. Wir hoffen deshalb, dass die Kantonsrä-

tinnen und Kantonsräte an der Dezembersession, unabhängig von der strategischen Haltung zum Budget, in der Sache «Entschädigung für die KLP» die rechtlich korrekte Entscheidung treffen und die Gleichstellung der KLP unterstützen.

**Severin Schürch, Präsident und
Désirée Martin, Vizepräsidentin des
Verbandes der Luzerner
Berufsfachschullehrpersonen
BCH.LU, Luzern**